



DER GASTKOMMENTAR

„Erholung ist Wirtschaftsförderung“

VON WOLFGANG BÖHM, SPD-FRAKTIONS-VORSITZENDER

Es war wieder einer dieser Tage, an denen Besuch im Hause ist, an denen man etwas unternehmen möchte und an dem, Erwachsene wie Kinder, auf ihre Kosten kommen wollten.

Und das sollte alles in unmittelbarer Nähe erfolgen. So ging es mit den Lieben nach kurzer Überlegung in das „Magische Wasserland“.

An dem kalten Tag war der Parkplatz voll, Menschen strömten in den Park, der Besuch war voll Spannung, das Wort „magisch“ ließ Erwartungen sprießen. Die Freude war groß, auch in der Winterzeit gab es für alle, die das Gelände nicht kannten, etwas zu entdecken: „Da habt ihr aber ein Schmuckstück, sogar ein Café kann man hier besuchen!“

Nach dem ausgedehnten Spaziergang und wärmenden Getränken wurde über das Schmuckstück diskutiert, darüber, was man noch machen könnte, darüber, wie schön es doch ist und darüber, was vorher einmal war.

Niemand konnte sich vorstellen, dass eine Industriebranche im Bereich der Kliniken über Jahrzehnte den Blick getrübt hatte.

Wie uns geht es Woche für Woche über das Jahr verteilt tausenden von Menschen. Sie alle erleben den Park als ein echtes Juwel. Privat ist die Besucherumfrage des Fördervereins nur zu bestätigen. Wo geben Besucher eines Landschaftsparks so positive Signale zurück?

Man muss auch schon die Betroffenen, die Besucher, fragen, um ein Ergebnis zu bekommen. Dieses Ergebnis sollten sich alle Kritiker, die immer wieder aus dem Hinterhalt mit Giftpfeilen schießen, genau anschauen. Gerade die Stadt Löhne hat noch viele Juwelen nötig, Erholung ist direkte Wirtschaftsförderung.

Es muss doch zur Kenntnis genommen werden, dass die Stadt Löhne Jahr für Jahr immer mehr Bürger und Bürgerinnen verliert. Das sind Menschen, die hier keine Steuer mehr zahlen und dieses Geld fehlt dem Stadtsäckel. Da kommen schnell Hunderttausende zusammen.

Wenn dazu noch ein praller Veranstaltungskalender im Park genommen wird, wenn man berücksichtigt, dass die Schaustellerfamilie Steiger regelmäßig mit Großgeräten vor Ort ist, dann ist hier der richtige Weg beschritten.

9 von 10 Befragten sehen die Städte und damit auch Löhne in der Pflicht, auf dem Gelände weiter kräftig etwas zu tun. 2009 kommt dazu noch der Klettergarten. Übrigens, privat betrieben! Das alles geschieht auf dem Gelände mit relativ geringem

Personalaufwand. Jeder sollte davon Kenntnis nehmen, was die Menschen vor Ort denken. Gerade in der Vorweihnachtszeit ist das Ohr vielleicht offener!

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Dienstag 02. Dezember 2008

„Nordumgehung darf kein Alibi sein“ SPD fordert Radweg an der Börstelstraße

Löhne (nw). Die Löhner SPD kämpft weiterhin für einen Rad- und Fußweg an der Börstelstraße. In einer Pressemitteilung erklärten die Sozialdemokraten, dass der Autobahnbau kein Grund sei, die Pläne ad acta zu legen:

„Keineswegs wird die SPD in den Gremien des Rates der Stadt die Zustimmung geben, an der Börstelstraße für Radfahrer und Fußgänger nichts zu tun“, heißt es. Das aber sei die Absicht, die die Verwaltung im Hauptausschuss vertrete und die der Bauausschuss gegen die Stimmen der SPD beschlossen habe.



„Es muss etwas geschehen“. Die Sozialdemokraten beim Ortsrat in der (v. l.) Wolfgang Böhm, Karl Heinz Bommert, Stephan Elste, Gerd Krahn, Heinz Dieter Hehl, Anita Nowack, Heide Kol, Hans Nowack, Christian Auel, Werner Kubla und Mark Nowack. 10/10/08

„Nach wie vor, und die Klagen aus der Bevölkerung nehmen zu, ist die Lage an der Börstelstraße hochexplosiv“, meint die SPD. Mit dem Ende des gut ausgebauten Weges für die schwächeren Verkehrsteilnehmer ende im östlichen Teil der Straße jegliche Sicherheit. Ausgefahrene Straßenränder und zunehmender Verkehr seien unbestritten.

Die neue Einsparmaßnahme resultiere aus der Tatsache, dass ein Gericht entschieden hat: Die Nordumgehung wird gebaut. So ist es nach Meinung der SPD „geradezu absurd, wenn betont wird, dass niemand den Bau der Nordumgehung befürwortet“. Zeitgleich müsse die Nordumgehung erhalten, um den noch am 14. Mai einstimmig mit 17 Ja-Stimmen anerkannten Beschluss zu kippen. „Nach wie vor hat sich an der Situation nichts geändert, die Gewerbebetriebe habe ihre Werksverkehre, das Umfahrvverhalten vieler Autofahrer nimmt zu, sie meiden A 30 und Werster Straße.

Auch bei den kommenden Baumaßnahmen, wann auch immer dies sei, müsse ein Schutz her, auch wenn es in Zeiten leerer Kassen 15 000 Euro seien. „Die Nordumgehung darf nicht als Alibi für verhinderte Verkehrssicherung erhalten“, so die SPD. Man frage sich, ob nicht die Stadt als für die Börstelstraße zuständige Behörde in der Verkehrsicherungspflicht ist.

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Donnerstag 27. November 2008

„Massive Auswirkungen auf die Anlieger“ SPD sieht in der Diskussion um das Dichterviertel noch viele offene Fragen

Löhne. Gestern war einmal mehr das Dichterviertel Thema im Werksausschuss. Dazu nimmt die SPD in einer Presseerklärung Stellung.

Im Dialog mit den betroffenen Bürgern hätten sich für die Löhner SPD-Fraktion Fragen aufgetan, die in der Sitzung des Betriebsausschusses der Erläuterung bedürften.

Die SPD habe diese Fragen dem zuständigen Leiter der WBL, Norbert Steinmeier, zugeleitet und hoffe im Sinne der Bürger auf Klärung. Im Ausschuss wird zum Thema „Niederschlagswasserbeseitigung im Bereich Südlich der Werster Straße in Löhne-Mennighüffen“ von der Verwaltung ein Beschlussvorschlag vorgelegt, der bei den betroffenen Bürgern nicht auf ungeteilte Zustimmung stößt und Anlass zu verschiedenen Fragen und Vorschlägen gibt.

„So möchte die SPD-Fraktion vor einer endgültigen Beschlussfassung zu den aufgeworfenen Fragen und Problemen der Bürgerinnen und Bürger von der WBL-Verwaltung Antworten. Auf diese Weise sollen die Vorurteile abgebaut werden“, heißt es in der Erklärung.

So wirft die Interessengemeinschaft Dichterviertel den Wirtschaftsbetrieben einen „Täuschungsversuch“ vor, weil Plan A - von WBL als Röper-Plan deklariert – angeblich nicht vom Ingenieurbüro Röper gefertigt worden sei.

Die SPD-Fraktion bittet um Darstellung des richtigen Sachverhalts: Fälschung – ja oder nein?

In der Neun Westfälischen erklärte Röper am 27. September wörtlich: „ Ich hoffe sehr, dass zwischen Anwohnern und WBL ein Kompromiss gefunden wird. Die Fronten scheinen aber so verhärtet zu sein, dass es vielleicht einen neutralen Vermittler braucht“.

Die divergierenden Einschätzungen zwischen Ingenieur Röper und der Verwaltung gäben Anlass, den Fachmann persönlich um Auskunft zu bitten.

Dringend einer weiteren Ausführung bedarf es nach Meinung der SPD auch, wenn in einer weiteren Vorlage steht, dass „nach geltendem Recht für alle an diese Regenwasserkanäle angrenzenden Grundstücke der Anschluss- und Benutzungszwang“ besteht.

Die Auswirkungen des Anschluss- und Benutzungszwangs sollten dringend noch einmal ausführlich dargestellt werden, „denn hier entsteht eine tiefgreifende Entscheidung mit massiven Auswirkungen für jeden Anlieger. Hier geht es nicht nur um Anschlüsse und damit auch um Kosten, sondern es geht auch um baurechtliche Fragen in der Zukunft: Sind beispielsweise Anbauten auf einem Versickerungsgrundstück noch möglich“?

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Dienstag 11. November 2008

Löhner SPD kritisiert Bürgermeister Bei Nordumgehung Interessen der Planer vertreten

Löhne. In einer Presseerklärung äußern sich die SPD-Politiker Wolfgang Böhm und Egon Schewe zur Nordumgehung und zum Verhalten von Bürgermeister Kurt Quernheim während des 1. Spatenstiches.

Böhm und Schewe werfen dem Bürgermeister vor, er versuche mit seiner „detektivischen Suche“ nach den Verfassern von Leserbriefen, vom wahren Problem abzulenken. Dieses bestehe darin, dass der Löhner Bürgermeister beim Spatenstich für die Nordumgehung nicht die Interessen des Rates und der Bürger der Stadt vertreten hätte. Nachdem sich der Rat einstimmig gegen dieses Bauwerk ausgesprochen hat, fordern Böhm und Schewe vom Vorsitzenden des Rates, „politisch so viel Anstand zu besitzen, dass er sich nicht

hinreißen lässt, auf seiner Seite des Zaunes den Planern und Befürwortern dieser Straße auf die Schulter zu klopfen.“

Böhm und Schewe werfen Quernheim vor, die Demonstranten hinter dem Bauzaun vollkommen „missachtet“ zu haben. Das finden sie politisch und menschlich fragwürdig. Schließlich wären unter den Demonstranten an jenem Morgen auch Bürger aus Löhne gewesen. Böhm und Schewe sind der Meinung, ein Bürgermeister hätte sich den Bürgern anschließen oder zumindest zeitweilig zuwenden müssen. Auch hätten sich die SPD-Politiker vom Bürgermeister ein paar kritische Worte im Sinne des Ratsbeschlusses gewünscht. Ein Ratsbeschluss binde auch einen Bürgermeister, wenn nicht juristisch, so doch mindestens politisch und moralisch. Wenn der erste Bürger aber stattdessen den Nordumgehungsgegnern mangelndes Demokratieverständnis vorwerfe, dann wirke dieses umso mehr auf ihn selbst zurück. „Er sollte lieber einsehen, dass auch ein Gerichtsbeschluss mündige Bürger nicht dazu zwingen kann, ihre Meinung zur Nordumgehung zu ändern“, sagt Böhm. Von den Bürgern, deren Lebensqualität schwer beeinträchtigt wird, könnte ein Bürgermeister nun wirklich nicht erwarten, dass sie plötzlich „ein überflüssiges Bauwerk begrüßen und akzeptieren, das Teile unserer Stadt zerstört“.

Böhm und Schewe betonen, dass die SPD Löhne sich stets gegen die Nordumgehung ausgesprochen hat und das auch weiterhin tun wird. „Wir stehen auf der Seite des Zaunes, auf der auch die Demonstranten und die Bürger der Stadt Löhne an jenem Morgen standen“, sagt Schewe. „Dieses galt und gilt auch für den künftigen Bürgermeister, Heinz-Dieter Held.“

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Dienstag 04. November 2008

„Die einfachen Menschen nicht vergessen“ Egon Schewe als Stadtverbandsvorsitzender bestätigt / Held, Schwartze und Heemeier referierten

Löhne (daf). Über 60 Mitglieder der SPD versammelten sich in den Mennighüffener Dorfstuben, um einen neuen Vorstand zu wählen.

Daneben standen die Referate dreier SPD-Kandidaten im Fokus: Bürgermeisterkandidat Heinz-Dieter Held stellte die Grundzüge des SPD-Wahlprogramms mit Blick auf wichtige Entwicklungen der Stadt vor. Held monierte „fehlende Gewerbeansiedlung und gebrochene Wahlversprechen des Bürgermeisters und seiner Ratsmehrheit“.

Auf Held folgten Bundestagskandidat Stefan Schwartze und Landratskandidat Ralf Heemeier mit ihren Darstellungen der SPD-Ziele auf Bundes- und Kreisebene. Beide unterstrichen Punkte, die der Stadtverbandsvorsitzende Egon Schewe zuvor im Rechenschaftsbericht genannt hatte: „Die SPD hat die politische Pflicht und den Auftrag, sich um die Bedürfnisse und die Lebenssituation ihrer Wählerinnen und Wähler zu kümmern. Dazu gehören auf jeden Fall die unterbezahlte Verkäuferin, der 800-Euro-Rentner, die an- und ungelerten Arbeitskräfte und die Kinder, die verschämt ohne

Markenkleidung in die Schulen gehen. Diese dürfen wir nicht aus dem Blick



SPD-Vorstand mit Gästen: Heinz Dahlmeier, Egon Schewe, Angela Lück, Heinz-Dieter Held, Stefan Schwartz (Bundestagskandidat), Ralf Heemeier (Landratskandidat), Oliver Kleimeier und Friedel Böhse.
FOTO: DANIEL FREESE

verlieren.“

Die Vorstandswahlen brachten nur geringe Veränderungen. Egon Schewe wurde als Vorsitzender wieder gewählt, Stellvertreter sind Angela Lück, Friedel Böhse, Heinz Dahlmeier und Oliver Kleimeier. Dieter Schneider und Martin Lorenz führen die Kasse, Kerstin Hamel und Volker Kollin übernehmen die Schriftführung.

Darüber hinaus ergänzen als Beisitzer den 20-köpfigen Vorstand: Bernd Bentrup, Edeltraud Ramöller (Löhne-Ort), Brigitte Förster, Karin Minnerup, Ralf Jaworski (Löhne-Bahnhof), Manfred Messer, Helmut Sturhann (Mennighüffen), Christina Nesehöner, Andreas Franke, Stevo Viduka (Oberbeck) und Stephan Klute (Gohfeld). [download des Artikels als pdf](#)

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Mittwoch 29. Oktober 2008



DER GASTKOMMENTAR

WOLFGANG BÖHM, SPD-FRAKTIONSVORSITZENDER

Das passt nicht – Rathaus und repräsentativ Sparkonzept fürs Rathaus muss her

Löhne hat die Ulenburg, die Villa Meyer, die Aqua Magica – alles vorzeigbare Gebäude und Gegenden. Unsere Firmen der Leitbranchen übertreffen sich, mit Recht und Blick auf ihre Kunden, mit Leistungsschauen in repräsentativen Ausstellungsräumen. Doch sie erwirtschaften das Geld in ihren Unternehmen, müssen mühsam um ihren Erfolg ringen. Jeder Euro ist knallhart kalkuliert und dem Unternehmen entnommen.

Doch muss die Stadt Löhne einen repräsentativen Bau als Rathaus haben? Soll dieses Gebäude Zentrum neuer Begegnungen werden? Jeder Euro, der dort ausgegeben wird, ist Steuergeld! Die Menschen in diesem Rathaus sollen ihrer Arbeit nachkommen, unter angemessenen Arbeitsbedingungen, das versteht sich. Doch offensichtlich wird an der Spitze des Rathauses anders gedacht. Immer wieder, und es wird kein Anlass ausgelassen, wird die Notwendigkeit einer Komplettsanierung betont. Kein Wort von Einsparungen, von Überlegungen, nicht vorhandenes Geld nicht auszugeben.

Die SPD hat Vorschläge gemacht, doch nicht dieser Weg wurde weiter verfolgt. Im Gegenteil, weitere Gutachter werden herangezogen, um die Richtigkeit einer Ausgabe von über 3 Millionen Euro zu bestätigen.

Die Gewerbesteuer sinkt und sinkt, neue Gewerbegebiete sind nicht entstanden, Straßen und Schulen warten auf Sanierung und Erweiterung. Was die Zukunft bringt, weiß im Augenblick niemand.

Wenn die Einnahmen immer geringer werden, müssen auf der Aufgabenseite entsprechende Konsequenzen gezogen werden. Alles andere ist nach Ansicht der SPD – gelinde gesagt – fahrlässig. Die SPD fordert in der jetzigen schwierigen Wirtschaftssituation ein Sparkonzept für das Rathaus. Im Notfall muss eine Teilsanierung her.

Diese Gedanken müssen sich endlich die machen, die das Geld im Rathaus verwalten, die erst kürzlich eine Haushaltssperre verhängt haben und die sonst bei jedem Ausgabencent den Zeigefinger warnend heben.

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Dienstag 21. Oktober 2008

„Protest gegen den Autobahnbau“ SPD fordert, dem ersten Spatenstich fern zu bleiben

Löhne. Die Löhner Sozialdemokraten wollen dem offiziellen Baubeginn der Nordumgehung fernbleiben. In einer Presseerklärung fordern sie auch Bürgermeister Kurt Quernheim auf, am morgigen Festakt samt erstem Spatenstich nicht zu erscheinen.

Damit solle stiller Protest gegen den Autobahnbau zum Ausdruck kommen, so die Unterzeichner der Erklärung, Egon Schewe (Stadtverbandsvorsitzender) und Wolfgang Böhm (Fraktionsvorsitzender).

„Lang wird die hochrangige Liste um den NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und die Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl sein, die pünktlich um 8.30 Uhr endgültig den Bau eines gigantischen Monsters in Gang setzen wollen“, so Schewe und Böhm.

Die SPD in Löhne, Stadtverband wie auch Fraktion, lehne die Nordumgehung nach wie vor ab. Die Gründe dafür seien hinlänglich bekannt. Niemand aus der SPD Löhne werde an der Veranstaltung teilnehmen. Schewe und Böhm fordern in ihrer Erklärung auch alle anderen Löhner Parteien zum Fernbleiben auf. „Der immer noch gültige Ratsbeschluss ist schon noch ernst zu nehmen, auch wenn die Form des Fernbleibens am Mittwoch nur eine stille Form des Protestes bleiben kann“, heißt es in der Erlärung.

Stattdessen sollte jeder Löhner und Bad Oeynhausener Bürger, der zu dieser Zeit den Termin wahrnehmen kann, die Unterstützung der Bürgerinitiative gegen die

Nordumgehung und die Ablehnung „dieser unsinnigen Zerstörung von Landschaft“ zeigen.

Dieses gelte auch für Löhnes Bürgermeister Kurt Quernheim, der ja gehalten sei, die Beschlüsse des Rates auszuführen.

Deshalb fordert die SPD Quernheim auf, sich „im Sinne der gültigen Löhner Beschlüsse nicht zum Gewerbegebiet Eidinghausen und zum offiziellen Spatenstich zu begeben“ und damit auch den politischen Willen der Stadt Löhne zu vertreten.

„Denn für Löhne ist die Jubelveranstaltung zum ersten Spatenstich am Mittwoch wahrhaftig kein Fest“, erklären Schewe und Böhm.

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Samstag 13. September 2008

„Ein Grausen für die Bürger“

Stellungnahme der SPD-Fraktion zur geplanten Nordumgehung und dem Vortrag von Projektleiter Fischer im Bauausschuss

Löhne (nw). Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Böhm äußert sich in einer Presserklärung zur Nordumgehung.

„Im Planungsausschuss der Stadt Löhne brachte es der Vertreter des Landesbetriebes Straßen, Tobias Fischer, auf den Punkt: Wir haben ein schönes Farbkonzept und Brücken, die die Umwelt wirklich nicht belasten, den Blick nicht einschränken. Es ist alles längst nicht so schlimm und immerhin hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden. Damit macht die Behörde alles richtig“, so Böhm.

Für Liebhaber technischer Bauwerke seien Brücken und Unterführungen sicher ein Genuss, für die Bürger der Stadt Löhne ein Grausen. In den Nebenauskünften läge die Würze. Baustraßen würden durch die Landschaft gepflügt, die Naherholung werde erheblich eingeschränkt, Bürger würden auf grüne Dämme mit einem schönen Farbkonzept und gestalteten Aufbauten schauen.

Die Bürger würden einen Pendelverkehr mit erheblichem Bodenaushub von Bad Oeynhausener Straße nach Löhne erleben, Belastungen, die „von der Zahl der Lkw kaum ins Gewicht fallen“ (so Projektleiter Tobias Fischer). Böhm weiter: „Wir sollen ein Fahrzeugmanagement erleben, in dem Sperrungen in Bad Oeynhausener Straße den Verkehr auf die durch Löhne führenden Straßen bringen.“

Anlieger von Werster Straße, Wulferdingsener Straße, Ellerbuscher Straße, Oeynhausener Straße, Bergkirchener Straße und besonders der Lübbecker Straße dürften sich auf die „kaum messbaren“ (Fischer) Belastungen freuen. Sicherlich würden auch andere Wege und Straßen gefunden, deren Anlieger bis heute überhaupt nicht in Erwägung gezogen hätten, dass Durchgangsverkehr für sie ein Thema werden könne.

Viele der notwendigen Grundstücke seien zwar noch nicht erworben, aber immer, wenn man einige braucht, werde gekauft und sei ein Besitzer nicht willig, werde er enteignet, um es in deutlichen Worten zu sagen, auch wenn die Juristerei andere Begriffe wie „Besitzeinweisungen“ dafür habe.

„Schade, dass nur wenige Zuhörer diesen für Löhne wohl einmaligen ‚Belastungsvortrag‘ hören wollten.“

Für den Stadtverband und die Fraktion der SPD in Löhne sei die Nordumgehung in Löhne nach wie vor ein Thema, nach diesen Ausführungen erst recht. Böhm abschließend: „Die Bürger haben die Löhner SPD an ihrer Seite.“

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Samstag 30. August 2008

Held beginnt Wahlkampf tour Auftritte in allen 22 Wahlbezirken

Löhne (nw). „Das persönliche Gespräch ist durch nichts zu ersetzen“, betont der SPD-Bürgermeisterkandidat Heinz-Dieter Held und startet damit am 11. September seine Aktion „Held auf Straßen und Plätzen“ am Wendehammer „In der Eicke“ in Mennighüffen. Mit dieser Informationskampagne will sich Held bis zur Kommunalwahl 2009, wie er sagt, in allen 22 Wahlbezirken persönlich vorstellen und mit vielen Bürgern ins Gespräch kommen. Hausbesuche und Nachbarschaftstreffen in den Ortsteilen gehören ebenso zum Programm wie der Besuch von Problempunkten, die zuvor mit Anliegern in der regelmäßig stattfindenden Sprechstunde besprochen wurden.

Der Herausforderer für das Bürgermeisteramt möchte damit die Gelegenheiten nutzen, um den Löhnern zuzuhören sowie seine Ziele für die künftige Entwicklung der Stadt zu erörtern. Wer bereits im Vorfeld dieser Informationsveranstaltungen Fragen, Vorschläge und Ideen einbringen will, kann dies unter Tel. (0 57 32) 90 59 76) oder per E-Mail (www.heinzdieter-held.de) tun.

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Montag 25. August 2008

Über den Tag hinaus denken Erklärung der Löhner Sozialdemokraten zum Besuch von Kanzlerin Angela Merkel

Löhne. „Die Kanzlerin kam, Ministerpräsident Rüttgers und seine umstrittene Schulministerin Sommer auch. Unsere Hauptschule hat diesen Besuch wirklich hoch verdient“, heißt es in einer von Egon Schewe unterzeichneten Presseerklärung der Löhner SPD zum Besuch von Angela Merkel.

Die Hauptschule leiste exzellente Arbeit, und sie tue dies, durch viele Würdigungen anerkannt, mit großem Einsatz der Lehrkräfte, aber auch der Eltern. „Die Schüler bekommen so gute geistige und persönliche Voraussetzungen für ihr weiteres Leben nach dem Abschluss. Die große Politik will dieses mit ihrem Besuch würdigen, und das ist gut so“, so Schewe.

Doch nüchtern betrachtet stehe hier, über den Tag des Besuchs hinaus, nur wenig zur Verfügung, was die Nöte der Schulen, auch in Löhne, wirklich verbessern könne, fährt der SPD-Stadtverbandsvorsitzende fort. Die SPD bezweifle, ob beim hohen Besuch auch ein Dialog mit spürbaren Folgen aufkommen konnte, in dem die Nöte aller Beteiligten deutlich wurden.

Der Löhner SPD sei die Entwicklung der Schulen immer überaus wichtig gewesen. Alle Schulformen und mehr als in jeder anderen Stadt des Kreises würden in Löhne vorgehalten und hätten sich zu wichtigen, unverzichtbaren Bestandteilen der „einzigartigen Löhner Bildungslandschaft“ entwickelt. Mit Hilfe der SPD seien damit gute Rahmenbedingungen für das Lernen in der Werrestadt geschaffen worden. „Was also hierbei auf kommunaler Ebene geleistet werden kann, ist damit gut gelöst“, so Schewe.

Doch ob bei diesem hochrangigen politischen Besuch auch an die strukturellen Sorgen der Schulen und an die Chancen der Schüler nach dem Abschluss gedacht wird, diese Frage müsse man sich stellen. Was zum Beispiel in Löhner Schulen fehle, seien

Lehrerinnen und Lehrer. „Dieses kann nur Herr Rüttgers einstellen lassen, doch hiervon hören wir wenig, über Pannen aus dem Schulressort umso mehr“, heißt es weiter.

Die Stadt Löhne habe ihre Aufgaben für die Schulen erledigt, jetzt komme es darauf an, ob und wie dieses auch von Rüttgers und Sommer geleistet wird. „Dabei wird es nicht nur auf gute Worte und Gesten anlässlich von Besuchen ankommen, sondern auf konkrete Hilfen, die auch vor Ort spürbar werden“, schließt die SPD-Erklärung.

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Mittwoch 20. August 2008

DER GASTKOMMENTAR
Die Bahn vernachlässigt Gebäude und Flächen
„Die Bahn muss ihre Pflicht erfüllen“



WOLFGANG BÖHM, SPD-FRAKTIONSVORSITZENDER

Und immer wieder die Bahn, für die Löhner SPD ist das Verhalten oder Nichtverhalten der Deutschen Bahn ein ständiges Ärgernis. An Bahndämmen rasant wachsende Sträucher und Büsche, die Grundstücke der Bahn verkommen nach wie vor

Für die SPD-Fraktion ist offensichtlich, dass Bürger und Bahn wohl unterschiedlich behandelt werden. Da kümmert sich niemand um Sicherheit und Verkehrssicherungspflicht, beschneidet Gebüsche, regelt Grünflächen, Aufgaben, für die jeder Privatmann im gleichen Falle angemahnt würde, für die jeder Privatmann bei einer derartigen Verschleppung privat in die Tasche greifen müsste, denn dann würde ein Auftrag durch die Stadt vergeben. Für die Löhner SPD ist dieser Zustand völlig unbefriedigend.

Die SPD fordert seit langem, auch durch Anträge an den Rat, dass in diesen Bereichen alle Betroffenen ihre Pflichten erfüllen müssen. Dies gilt ohne Wenn und Aber.

Auch für die Bahn gilt: Eigentum verpflichtet! Ob es an der Löhner Straße, der Nordbahnstraße, „An der Kölner Bahn“ ist, die Straßen und Bereiche sind austauschbar.

Hier kann es nur so sein, dass die Stadt Löhne mit ihrem Bürgermeister an der Spitze die Verhältnisse regelt, gegebenenfalls vertraglich, so wie es auch jedem betroffenen Bürger widerfahren würde, der die Verkehrssicherungspflicht verletzt, also der Bahn deutlich massiver die Kosten in Rechnung stellt.

Die SPD-Fraktion wird sich dafür klar einsetzen. Immerhin, ein Anfang durch die Wirtschaftsbetriebe Löhne ist gemacht.

Doch damit ist erst die Spitze des Eisberges erreicht, es gibt noch viel zu tun. Vom Ringlokschuppen bis zu den Bahngleisen, vom Bahnhof bis zu den Nebengebäuden, nirgendwo kommt die DB den notwendigen Aufgaben nach. Im Gegenteil, durch verschleierte Verkäufe wird die Verantwortung hin und her geschoben.

Will die Stadt Löhne die Stadt der Eisenbahner bleiben, muss sie deutlich intensiver als bisher der Bahn deutlich machen, dass diese Versäumnisse die Wohnqualität und vor allem auch Sicherheit in der Stadt Löhne belasten.“

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Mittwoch 18. Juni 2008



DER GASTKOMMENTAR

„Ein beispielloser Aufstieg“

VON GERD KRAHE, SPD-FRAKTIONSCHIEF

Die im Jahr 2005 von CDU/FDP/LBA und Bürgermeister Quernheim beschlossene Entlassung des damaligen Beigeordneten und Stadtkämmerers Held in den Ruhestand wurde begründet mit der Einsparung erheblicher Personalkosten. Bereits damals hat die SPD die Fragwürdigkeit dieser Begründung herausgestellt und darauf verwiesen, dass die Pensionsbezüge für den Beigeordneten Held von der Stadt weiterhin voll getragen werden müssen und die vermeintlich eingesparten Mittel durch Nachfolgeregelungen aufgezehrt werden.

In der Sitzung des Rates vom 21. September 2005 hat der Bürgermeister meine Frage „ob mit der Bestellung eines anderen Beamten zum Kämmerer eine Beförderung verbunden sei“, verneint. Von der Verwaltungsspitze wurde ausgeführt, dass der Neue als Werkleiter der Wirtschaftsbetriebe zusätzlich in der Verwaltung die Funktion eines Dezernenten ausübe. Sollte seine Bestellung zum Kämmerer erfolgen, ändere sich hieran nichts. Eine eindeutige Aussage.

Umso erstaunter war die SPD-Fraktion über den weiteren Aufstieg des städtischen Beamten. Bereits 7 Monate nach den Aussagen des Bürgermeisters wurde der Nachfolger von Herrn Held zum 1. Mai 2006 von A 14 nach A 15 und zum 20. Dezember 2007 von A 15 nach A 16 befördert. Damit hat der Neue in kürzester Zeit eine Beamtenkarriere vollzogen, wie sie beispiellos im Rathaus ist und in Verwaltungen der Umgebung ist.

Und das in der Zeit der Haushaltssicherung, in der kleine und kleinste freiwillige Ausgaben, nicht zuletzt vom Kämmerer selbst, auf den Prüfstand gestellt werden. Erst letztens noch legte er dem Rat einen Antrag zur Selbstbindung für den Bereich der freiwilligen Aufgaben vor. Die SPD fragt, wie es der neue Dezernent verantwortet, seine eigene Person aus dem von ihm verfolgten Sparkurs auszublenden. Damit dürfte auch der durch die vorzeitige Pension des Beigeordneten Held erzielte Einsparungsbetrag bereits aufgezehrt sein.

Zusätzlich hat der Rat 2007 ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen, in dem eine Beförderungssperre von 12 Monaten festgesetzt worden ist. Damit hätte eine Beförderung des Neuen frühestens in 2008 erfolgen dürfen. Die SPD hält dies für einen groben Verstoß des Bürgermeisters gegen geltendes Recht und wird die Landrätin um Prüfung der Rechtslage bitten.

Ich betone, dass ich nicht Eignung, Befähigung und fachliche Leistung des neuen Dezernenten in Frage stelle.

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Montag 16. Juni 2008

„Tunnel ist die beste Lösung für die A 30“ Presseerklärung der SPD zu Nordumgehung

Löhne (nw). Zur Diskussion über die Nordumgehung erreicht uns eine Presseerklärung der SPD. „Der geplante Autobahnnetzschluss als so genannte Nordumgehung ist in der Öffentlichkeit sehr umstritten. Den Menschen in der Region ist klar geworden, welche katastrophale Auswirkungen diese Autobahnlösung für Mensch und Natur im unteren Werretal hat“, schreibt Ratsherr Wolfgang Böhm.

Im Hauptausschuss der Stadt Löhne war dieses Thema wegen unterschiedlicher Ansätze der Fraktionen hinsichtlich der Vorgehensweise nicht abschließend beraten worden. Es wurde an den Rat verwiesen, der eine Entscheidung am Mittwoch herbeiführen soll. Es ging um einen Bürgerantrag, ein Bürgervotum zur Nordumgehung in der Stadt Löhne durchzuführen.

Die Sprecher der SPD-Fraktion erweiterten den Antrag der Löhner Bürgerin auf „Organisation und Durchführung einer Bürgerbefragung zum Netzschluss A2/A30 wird gefolgt unter der Bedingung, dass auch die Stadt Bad Oeynhausen eine Bürgerbefragung durchführt.“ Die Erweiterung des Antrags rief LBA und BuLL mit heftigen Widersprüchen auf den Plan. Mit Bad Oeynhausen zu kooperieren, passe ihnen nicht.

Für die SPD-Fraktion sei bei der Erweiterung des Antrags der Löhner Bürgerin die Rechtslage ausschlaggebend gewesen. Bei dem Netzschluss der A2/A30 handelt es sich um einen geplanten Autobahnnetzschluss, der eine Angelegenheit des Bundesverkehrsministeriums ist. Die Städte Löhne und Bad Oeynhausen sind in diesem Bauleitverfahren deshalb Träger öffentlicher Belange. Dabei gilt der Betroffenheitsgrundsatz, Grundeigentümer im Einflussbereich sind klagebefugt. Die Stadt Löhne hat kein Grundeigentum im Planbereich.

In der Sitzung des Hauptausschusses habe der SPD-Fraktionsvorsitzender Gerd Krahe dringend um Unterstützung der SPD-Fraktion gebeten, die Stadt Bad Oeynhausen unbedingt mit ins Boot zu holen, damit dem Bürgervotum mehr Gewicht im Ablehnungsverfahren zugemessen würde. Wolfgang Böhm ergänzte: „Die SPD lehnt jede Schauveranstaltung ab, dafür ist die Sache zu wichtig.“ Die Unterstützung der Arbeit der Bürgerinitiative gegen die Nordumgehung sei seit vielen Jahren eine Herzenssache der SPD.

„Die SPD-Fraktion fordert alle anderen Gruppierungen im Rat der Stadt Löhne auf, um die umstrittene Nordumgehung zu verhindern, gemeinsam die Tunnellösung zu fordern und Bad Oeynhausen ins Boot zu holen“. Zweifelsohne könne über eine Formulierung noch gesprochen werden. Die SPD appelliert: „Nur gemeinsam können beide Kommunen bei der Lösung des Problems erfolgreich sein!“

© 2008 Neue Westfälische
Löhner Nachrichten, Montag 02. Juni 2008

Heinz-Dieter Held ist der SPD-Kandidat
59 von 60 Delegierten stimmten für ihn



Kämpfen für den Wechsel: Heinz-Dieter Held (l.) und SPD-Stadtverbandsvorsitzender Egon Schewe. FOTO: NW

Löhne (nw/indi) Wie erwartet, ist Heinz-Dieter Held zum Bürgermeisterkandidaten der SPD für die Kommunalwahlen im Jahr 2009 gewählt worden.

Die Wahl auf der Delegiertenkonferenz der Löhner SPD ergab ein fast einstimmiges Ergebnis. Dem ehemaligen Beigeordneten der Stadt Löhne gaben 59 von 60 stimmberechtigten Delegierten des Stadtverbandes am Samstag ihre Zustimmung. Darüber freute sich auch der Stadtverbandsvorsitzende Egon Schewe: „Heinz-Dieter Held ist erfahren, offen und kompetent. Diese Eigenschaften fehlen dem jetzigen Amtsinhaber weitgehend“.

Schewe selbst war von der Stadtverbandsversammlung noch einmal Respekt für seinen freiwilligen Verzicht auf eine eigene Kandidatur gezollt worden. „Es ist mir emotional nicht leicht gefallen, aber es war für uns beide und die Partei das Beste. Heinz-Dieter Held ist der richtige Bürgermeister für Löhne.“

Vor seiner Wahl beschrieb Held die Schwerpunkte seines Programms: „Ich stehe für eine soziale Stadt, für Kinder-, Jugend- und Altenförderung. Wichtig sind mir auch das Bildungswesen, die Umwelt, die Stadtentwicklung und die Wirtschaftsförderung. Diese Punkte werden vom derzeitigen Bürgermeister weitgehend vernachlässigt“.

Held will auch das Verhältnis des Verwaltungschefs zu den politischen Entscheidungsgremien verbessern. „Ich werde den Rat und seine Ausschüsse nicht als lästiges Übel behandeln. Ich werde eine offene und ehrliche Informationspolitik betreiben. Der Führungsstil gegenüber den Mitarbeitern in der Verwaltung soll sich ändern. Ich bin nicht der Bürgermeister, der alles besser weiß“. Auch im Umgang mit den Löhner Bürgern sieht Held Verbesserungsbedarf. „Nicht der Bürgermeister sollte im Mittelpunkt stehen sondern die Bürger unserer Stadt“.

Held bekräftigte noch einmal sein Nein zur Nordumgehung: „Diese Trasse stellt einen nicht wieder gut zu machenden Eingriff in das Ökosystem der Städte Löhne und Bad Oeynhausen dar, eine Tunnellösung ist sinnvoller“.

Der derzeitige Geschäftsführer der AQUA-Magica-Gesellschaft stellte auch diese Freizeiteinrichtung in den Blickpunkt: „Der Park wird von den Bürgern in Löhne und Bad Oeynhausen angenommen. Die Investitionen haben sich längst ausgezahlt. Wer will denn heute noch auf Wasserkrater, Allee des Weltklimas und die gut ausgebauten Rad- und Gehwege an der Werre verzichten?“



DER GASTKOMMENTAR

Debatte um SPD-Anträge zum Haushalt 2008 „Kooperation mit LBA unvorstellbar“

VON GERD KRAHE, SPD-FRAKTIONSVORSITZENDER

Der Gastkommentar von Dr. Ottensmeier über die letzte Ratssitzung macht deutlich, wie unterschiedlich die Wahrnehmung der Menschen ist. Es wird auch dokumentiert, dass dieser Mann in seinen Schriften Lüge und Wahrheit verbindet. Populisten wie er sagen, sie nähmen Bürger ernst. Das Gegenteil ist der Fall.

Eine Kommunalpolitik dieser Art ist nicht zu verantworten. In der Ratssitzung am 16. April ging es um den Haushalt und Fraktionsanträge. „Ein SPD-Antrag nach dem anderen zerbröselte, wurde bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt oder vertagt“, so Ottensmeier. Richtig ist aber, dass die SPD zehn Anträge gestellt hat. Anträge zu Wirtschaftsbetrieben, Personalentwicklung, Aufstockung des Rathauses, Heimatmuseum, Börstelstraße usw. Nicht ein Antrag ist abgelehnt worden. Der Antrag zur Aufstockung des Rathauses wurde in einen Prüfauftrag umgewandelt, das muss ich zugeben.

Keinem der sieben LBA-Anträge konnte die SPD zustimmen. So war gefordert worden, die Stadt habe ihre Mitgliedschaft in der Aqua-Magica-Gesellschaft zu kündigen. Ein anderer Antrag bezog sich auf die Sanierung des Rathauses, indem die Finanzierung aus Verkaufserlösen von städtischen Immobilien erfolgt.

Richtig ist, dass die SPD den Haushaltsentwurf ablehnen wollte. Im März habe ich in meiner Haushaltsrede erklärt, dass im vorgelegten Haushaltsplan SPD-Handlungsfelder ungenügend berücksichtigt werden. Deshalb werde die SPD nicht zustimmen. Nach der SPD trugen die anderen Fraktionen ihre Einstellungen vor. Im Ratssaal war jedem klar, der Haushalt für 2008 hätte keine Mehrheit. Dr. Ottensmeier und seine Gefolgsleute waren „Zünglein an der Waage“. Für die SPD ist es unvorstellbar, mit der LBA zu kooperieren, einen Haushalt zu beschließen. Die Politik der SPD ist sachlich, orientiert am Wohl aller Löhner Bürger und zeichnet sich durch sozialdemokratisches Profil aus.

Nach dieser Vorgeschichte war eine Ablehnung des Haushalts für die SPD unmöglich. Im Prinzip sollte mit jeder demokratischen Partei vor Ort Zusammenarbeit möglich sein. Die SPD schaut genau hin, welche Inhalte eine Partei vertritt. Klar ist, dass es mit Gruppierungen, gleich ob auf der rechten oder linken Seite des politischen Spektrums, keine Zusammenarbeit gibt.



DER GASTKOMMENTAR

Bildungspolitik in Löhne

„Zukunftsmodell Gemeinschaftsschulen“

VON GERD KRAHE, VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION

Am 6. Februar findet eine Ratssondersitzung zum Thema „Mehr Bildungsgerechtigkeit an Löhner Schulen“ statt. Auf Antrag der Bunten Liste Löhne soll das Konzept der „Allgemeinen Sekundarschule“ des Verbandes Bildung und Erziehung zur Verabschiedung vorgelegt werden.

Diese Diskussion ist wichtig. Kaum ein Land trennt seine Schüler so früh nach unterschiedlichen Schultypen wie Deutschland. Die SPD setzt deshalb auf Gemeinschaftsschulen: Hier sollen die Schüler länger gemeinsam lernen. Bis zur 6. Klasse gibt es gemeinsamen Unterricht, danach wird langsam differenziert. Dieses Modell unterscheidet sich von dem des VBE.

Schon jetzt ist allerdings abzusehen, dass das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW bei der Gründung dieser Schulform nicht mitspielen wird. Die SPD ist sicher, dass der Stadt Löhne deshalb wohl kaum ein Schulversuch genehmigt wird.

Darüber hinaus hat sich noch keine Schulkonferenz in Löhne über die „Reformierung der Sekundarschule“ eingebracht.

Ein Hauruckverfahren wird die SPD bei dieser schwerwiegenden Entscheidung nicht zulassen.

Mitte Februar wird dann der Haushalt 2008 vom Kämmerer eingebracht. Kurz vor den Osterferien soll er verabschiedet werden. Die SPD kennt das Konzept noch nicht. Dennoch wird die SPD wie bisher positiv denken und immer konstruktive Ideen und der Sache angemessene Anträge in die Gremien des Rates einbringen.

Innenstadtentwicklung, Zukunft des Bahnhofs, Rathaussanierung, Bolzplatz in Ostscheid, Straßenausbau im Gewerbegebiet Löhne-Ort und räumliche Kapazitäten von Schulen sind nur einige der Problemstellungen auf der Prioritätenliste der Löhner SPD in 2008.